

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 1 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil vom 21.05.2019
- 2 Bauantrag zum Neubau von zwei Wohnhäusern mit Carports
Bauort: Fl. Nr. 1452 + 1453 + 1452/1, Am Trieb 4 a und Am Trieb 6 a, Gemarkung Bischbrunn
- 3 Bauantrag zur Umgestaltung der ehemaligen Schulsportanlage in einen Bürgerpark mit Sanierung des öffentlichen Spielplatzes in Bischbrunn „Im Waldgut“
Bauort: Fl. Nr. 391, Im Waldgut, Gemarkung Bischbrunn
- 4 Bauantrag: Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses
Bauort: Fl. Nr. 822/1, Schulstr. 2, Gemarkung Oberndorf
- 5 Beratung und Beschlussfassung zum Neuerlass der Satzung über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages (Erschließungsbeitragssatzung - EBS)
- 6 Sonstige aktuelle Informationen der Bürgermeisterin
- 6.1 Erdurnengräber
- 6.2 Spielplatz und Gehweg an der Kirchstraße sind fertiggestellt
- 6.3 Gewerbegebiet "Kirchstraße"
- 6.4 Baugebiet "Rosenberg III"
- 7 Verschiedenes, Wünsche und Anträge

Erste Bürgermeisterin Agnes Engelhardt eröffnet um 19:30 Uhr die öffentliche Sitzung des Gemeinderates Bischbrunn, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Gemeinderates Bischbrunn fest.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

TOP 1	Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil vom 21.05.2019
--------------	---

Gegen die Niederschrift – öffentlicher Teil vom 21.05.2019 werden keine Einwendung erhoben.

Abstimmungsergebnis: Ja 10 Nein 0 Anwesend 10

TOP 2	Bauantrag zum Neubau von zwei Wohnhäusern mit Carports Bauort: Fl. Nr. 1452 + 1453 + 1452/1, Am Trieb 4 a und Am Trieb 6 a, Gemarkung Bischbrunn
--------------	---

Beiliegend übersenden wir das o.g. Baugesuch zur Stellungnahme nach Art. 64 Abs. 1 BayBO durch den Stadt- bzw. Gemeinderat. Der Bauantrag wurde von uns geprüft. Dabei wurde Folgendes festgestellt:

- Das Bauvorhaben liegt im Innenbereich (§ 34 BauGB) der Gemarkung Bischbrunn. Das Vorhaben ist zulässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt.
- Die Unterschriften der Nachbarn Fl.Nr. 1442/1 und Fl.Nr. 1454 fehlt.
- Es wird jeweils ein Stellplatz auf dem Grundstück hergestellt.

BESCHLUSS:

Gegen den Bauantrag zum Neubau von zwei Wohnhäusern mit Carports, Bauort: Fl. Nr. 1452 + 1453 + 1452/1, Am Trieb 4 a und am Trieb 6 a, Gemarkung Bischbrunn werden keine Einwendungen vorgebracht. Das Einvernehmen zum Bauvorhaben nach § 36 BauGB wird erteilt.

Abstimmungsergebnis: Ja 10 Nein 0 Anwesend 10

TOP 3	Bauantrag zur Umgestaltung der ehemaligen Schulsportanlage in einen Bürgerpark mit Sanierung des öffentlichen Spielplatzes in Bischbrunn „Im Waldgut“ Bauort: Fl. Nr. 391, Im Waldgut, Gemarkung Bischbrunn
--------------	--

Beiliegend übersenden wir das o.g. Baugesuch zur Stellungnahme nach Art. 64 Abs. 1 BayBO durch den Stadt- bzw. Gemeinderat. Der Bauantrag wurde von uns geprüft. Dabei wurde Folgendes festgestellt:

- Das Bauvorhaben liegt im Innenbereich (§ 34 BauGB) der Gemarkung Bischbrunn. Das Vorhaben ist zulässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bau-

weise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt.

- Die Unterschriften der Nachbarn Fl.Nr. 398 fehlt.
- Es werden 15 Stellplätze hergestellt, darunter ist ein Stellplatz für Menschen mit Behinderung.
- Die untere Immissionsschutzbehörde ist am Verfahren zu beteiligen.

Die Bürgermeisterin teilt ergänzend hierzu mit, dass der Förderbescheid mittlerweile bei der Gemeinde vorliegt. Eine Fördersumme von 80 % wurde zugesagt.

BESCHLUSS:

Gegen den Bauantrag zur Umgestaltung der ehemaligen Schulsportanlage in einen Bürgerpark mit Sanierung des öffentlichen Spielplatzes in Bischbrunn „Im Waldgut“, Bauort: Fl. Nr. 391 und 246, Im Waldgut, Gemarkung Bischbrunn werden keine Einwendungen vorgebracht. Das Einvernehmen zum Bauvorhaben nach § 36 BauGB wird erteilt.

Abstimmungsergebnis: Ja 10 Nein 0 Anwesend 10

TOP 4	Bauantrag: Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses Bauort: Fl. Nr. 822/1, Schulstr. 2, Gemarkung Oberndorf
--------------	--

Beiliegend übersenden wir den o.g. Bauantrag zur Stellungnahme nach Art. 64 Abs. 1 BayBO durch den Stadt- bzw. Gemeinderat. Der Bauantrag wurde von uns geprüft. Dabei wurde Folgendes festgestellt:

- 1) Das Bauvorhaben liegt im Geltungsbereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes „Rosenberg II“
- 2) Es werden alle Festsetzungen eingehalten
- 3) Es gilt in diesem Bereich nur ein einfacher Bebauungsplan, weshalb ein Genehmigungsverfahren durchgeführt wird.
- 4) Die Unterschriften der Nachbarn sind vollständig.

Die Bürgermeisterin teilt mit, dass der Förderbescheid mittlerweile bei der Gemeinde eingegangen ist. Die Maßnahme wird mit einer Summe von 28.875,00 € gefördert.

BESCHLUSS:

Der Gemeinderat stimmt dem Bauantrag zur Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses, Bauort: FL. Nr. 822/1, Schulstr. 2, Gemarkung Oberndorf zu. Das Einvernehmen wird nach § 30 Abs. 1 BauGB erteilt.

Der in der Bauakte derzeit abgelegte amtliche Lageplan entspricht nicht dem Lageplan, der dem Beschluss zugrunde liegt. Die Lageeinzeichnung des Bauvorhabens ist abzuändern. Der aktuelle Lageplan ist somit zu ersetzen.

Die Bürgermeisterin wird den Austausch des Lageplanes in den eingereichten Bauakten durch den Architekten veranlassen.

Abstimmungsergebnis: Ja 10 Nein 0 Anwesend 10

Die aktuelle Erschließungsbeitragssatzung der Gemeinde stammt noch aus dem Jahr 1979 (s. Anlage). Da in naher Zukunft Erschließungen geplant sind, sollte die Satzung an aktuelle Vorschriften und Muster angepasst werden. Der Satzungstext wurde 1:1 dem Muster des Bayerischen Gemeindetages (s. Anlage) angepasst. Um einen einheitlichen Vollzug in der VGem zu gewährleisten wird gebeten nicht bzw. nur nach Rücksprache vom vorgeschlagenen Text abzuweichen.

Die Satzung wird wie folgt vorgeschlagen.

Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung – EBS)

Aufgrund des Art. 23 Satz 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) in Verbindung mit Art. 5a Abs. 9 des Bayerischen Kommunalabgabengesetzes (KAG) und § 132 Baugesetzbuch (BauGB) erlässt die/der Gemeinde Bischbrunn folgende Satzung:

§ 1

Erhebung des Erschließungsbeitrages

Zur Deckung ihres anderweitig nicht gedeckten Aufwandes für Erschließungsanlagen erhebt die Gemeinde Erschließungsbeiträge nach Art. 5 a Abs. 1 KAG sowie nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 2

Art und Umfang der Erschließungsanlagen

(1) Beitragsfähig ist der Erschließungsaufwand

- I. für die öffentlichen zum Anbau bestimmten Straßen, Wege und Plätze (Art. 5 a Abs. 2 Nr. 1 KAG) in*

*bis zu einer Straßenbreite
(Fahrbahnen, Radwege,
Gehwege, kombinierte Geh-
und Radwege) von*

- | | | |
|----|--|--------------------------|
| 1. | <i>Wochenendhausgebieten mit einer Geschossflächenzahl bis 0,2</i> | <i>7,0 m</i> |
| 2. | <i>Kleinsiedlungsgebieten mit einer Geschossflächenzahl bis 0,3 bei einseitiger Bebaubarkeit</i> | <i>10,0 m
8,5 m</i> |
| 3. | <i>Kleinsiedlungsgebieten, soweit sie nicht unter Nr. 2 fallen, Dorfgebieten, reinen Wohngebieten, allgemeinen Wohngebieten, Mischgebieten</i> | |
| | <i>a)</i> | |
| | <i>mit einer Geschossflächenzahl bis 0,7 bei einseitiger Bebaubarkeit</i> | <i>14,0 m
10,5 m</i> |
| | <i>b)</i> | |
| | <i>mit einer Geschossflächenzahl über 0,7 - 1,0 bei einseitiger Bebaubarkeit</i> | <i>18,0 m
12,5 m</i> |

- | | | |
|------|--|---------------|
| c) | <i>mit einer Geschossflächenzahl über 1,0 - 1,6</i> | <i>20,0 m</i> |
| d) | <i>mit einer Geschossflächenzahl über 1,6</i> | <i>23,0 m</i> |
| 4. | <i>Kerngebieten, Gewerbegebieten und Sondergebieten</i> | |
| a) | <i>mit einer Geschossflächenzahl bis 1,0</i> | <i>20,0 m</i> |
| b) | <i>mit einer Geschossflächenzahl über 1,0 - 1,6</i> | <i>23,0 m</i> |
| c) | <i>mit einer Geschossflächenzahl über 1,6 - 2,0</i> | <i>25,0 m</i> |
| d) | <i>mit einer Geschossflächenzahl über 2,0</i> | <i>27,0 m</i> |
| 5. | <i>Industriegebieten</i> | |
| a) | <i>mit einer Baumassenzahl bis 3,0</i> | <i>23,0 m</i> |
| b) | <i>mit einer Baumassenzahl über 3,0 - 6,0</i> | <i>25,0 m</i> |
| c) | <i>mit einer Baumassenzahl über 6,0</i> | <i>27,0 m</i> |
| II. | <i>für die öffentlichen, aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen mit Kraftfahrzeugen nicht befahrbaren Verkehrsanlagen innerhalb der Baugebiete (z. B. Fußwege, Wohnwege; Art. 5a Abs. 2 Nr. 2 KAG) bis zu einer Breite von 5 m,</i> | |
| III. | <i>für die nicht zum Anbau bestimmten, zur Erschließung der Baugebiete notwendigen Sammelstraßen innerhalb der Baugebiete (Art. 5a Abs. 2 Nr. 3 KAG) bis zu einer Breite von 27 m,</i> | |
| IV. | <i>für Parkflächen,</i> | |
| a) | <i>die Bestandteile der Verkehrsanlagen im Sinne von Nr. I und Nr. III sind, bis zu einer weiteren Breite von 5 m,</i> | |
| b) | <i>soweit sie nicht Bestandteile der in Nr. I und Nr. III genannten Verkehrsanlagen, aber nach städtebaulichen Grundsätzen innerhalb der Baugebiete zu deren Erschließung notwendig sind, bis zu 15 v.H. aller im Abrechnungsgebiet (§ 4) liegenden Grundstücksflächen,</i> | |
| V. | <i>für Grünanlagen mit Ausnahme von Kinderspielplätzen</i> | |
| a) | <i>die Bestandteile der Verkehrsanlagen im Sinne von Nr. I bis Nr. III sind, bis zu einer weiteren Breite von 5 m,</i> | |
| b) | <i>soweit sie nicht Bestandteile der in Nr. I bis Nr. III genannten Verkehrsanlagen sind, aber nach städtebaulichen Grundsätzen innerhalb der Baugebiete zu deren Erschließung notwendig sind, bis zu 15 v.H. der im Abrechnungsgebiet (§ 4) liegenden Grundstücksflächen,</i> | |
| VI. | <i>für Immissionsschutzanlagen.</i> | |

(2) Zu dem Erschließungsaufwand nach Abs. 1 Nr. I bis Nr. VI gehören insbesondere die Kosten für

- a) den Erwerb der Grundflächen,
- b) die Freilegung der Grundflächen,
- c) die erstmalige Herstellung des Straßenkörpers einschließlich des Unterbaues, der Befestigung der Oberfläche sowie notwendiger Erhöhungen oder Vertiefungen,

- d) die Herstellung von Rinnen sowie der Randsteine,
- e) die Herstellung von Radwegen,
- f) die Herstellung von Gehwegen,
- g) die Herstellung von kombinierten Geh- und Radwegen,
- h) die Herstellung von Mischflächen,
- i) die Herstellung der Beleuchtungseinrichtung,
- j) die Herstellung der Entwässerungseinrichtung der Erschließungsanlagen,
- k) den Anschluss an andere Erschließungsanlagen,
- l) die Herstellung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wegen Eingriffs beitragsfähiger Maßnahmen in Natur und Landschaft,
- m) die Übernahme von Anlagen als gemeindliche Erschließungsanlagen,
- n) die Herstellung von Böschungen, Schutz- und Stützmauern.

(3) Der Erschließungsaufwand umfasst auch den Wert der von der Gemeinde aus ihrem Vermögen bereitgestellten Flächen im Zeitpunkt der Bereitstellung.

(4) Der Erschließungsaufwand im Rahmen des Abs. 1 umfasst auch die Kosten, die für die Teile der Fahrbahn einer Ortsdurchfahrt einer Bundes-, Staats- oder Kreisstraße entstehen, die über die Breiten der anschließenden freien Strecken hinausgehen.

(5) Soweit Erschließungsanlagen im Sinne des Abs. 1 als Sackgassen enden, ist für den erforderlichen Wendehammer der Aufwand bis zur vierfachen Gesamtbreite der Sackgasse beitragsfähig.

§ 3

Ermittlung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes

(1) Der beitragsfähige Erschließungsaufwand (§ 2) wird nach den tatsächlichen Kosten ermittelt.

(2) Der beitragsfähige Erschließungsaufwand wird für die einzelne Erschließungsanlage ermittelt. Die Gemeinde kann abweichend von Satz 1 den beitragsfähigen Erschließungsaufwand für bestimmte Abschnitte einer Erschließungsanlage oder diesen Aufwand für mehrere Anlagen, die für die Erschließung der Grundstücke eine Einheit bilden (Erschließungseinheit), ermitteln.

(3) Die Aufwendungen für Fußwege und Wohnwege (§ 2 Abs. 1 Nr. II), für Sammelstraßen (§ 2 Abs. 1 Nr. III), für Parkflächen (§ 2 Abs. 1 Nr. IV b), für Grünanlagen (§ 2 Abs. 1 Nr. V b) und für Immissionsschutzanlagen (§ 2 Abs. 1 Nr. VI, § 10) werden den zum Anbau bestimmten Straßen, Wegen und Plätzen, zu denen sie von der Erschließung her gehören, zugerechnet. Das Verfahren nach Satz 1 findet keine Anwendung, wenn das Abrechnungsgebiet (§ 4) der Fuß- und Wohnwege, der Sammelstraßen, Parkflächen, Grünanlagen oder Immissionsschutzanlagen von dem Abrechnungsgebiet der Straßen, Wege und Plätze abweicht; in diesem Fall werden die Fuß- und Wohnwege, die Sammelstraßen, Parkflächen, Grünanlagen und Immissionsschutzanlagen selbstständig als Erschließungsanlagen abgerechnet.

§ 4

Abrechnungsgebiet

Die von einer Erschließungsanlage erschlossenen Grundstücke bilden das Abrechnungsgebiet. Wird ein Abschnitt einer Erschließungsanlage oder eine Erschließungseinheit abgerechnet, so bilden die von dem Abschnitt der Erschließungsanlage bzw. Erschließungseinheit erschlossenen Grundstücke das Abrechnungsgebiet.

§ 5

Gemeindeanteil

Die Gemeinde trägt 10 v. H. des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes.

§ 6

Verteilung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes

(1) Bei zulässiger gleicher Nutzung der Grundstücke wird der nach § 3 ermittelte Erschließungsaufwand nach Abzug des Anteils der Gemeinde (§ 5) auf die Grundstücke des Abrechnungsgebietes (§ 4) nach den Grundstücksflächen verteilt.

(2) Ist in einem Abrechnungsgebiet (§ 4) eine unterschiedliche bauliche oder sonstige Nutzung zulässig, wird der nach § 3 ermittelte Erschließungsaufwand nach Abzug des Anteils der Gemeinde (§ 5) auf die Grundstücke des Abrechnungsgebietes (§ 4) verteilt, indem die Grundstücksflächen mit einem Nutzungsfaktor vervielfacht werden, der im Einzelnen beträgt:

1. bei eingeschossiger Bebaubarkeit und gewerblich oder sonstig nutzbaren Grundstücken, auf denen keine oder nur eine untergeordnete Bebauung zulässig ist 1,0
2. bei mehrgeschossiger Bebaubarkeit zuzüglich je weiteres Vollgeschoss 0,3

(3) Als Grundstücksfläche gilt:

1. bei Grundstücken, die vollständig im Bereich eines Bebauungsplanes im Sinne von § 30 Abs. 1 und 2 BauGB oder teilweise im beplanten Bereich und im Übrigen im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB) bzw. vollständig im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB) liegen, der Flächeninhalt des Buchgrundstücks, wie er sich aus der Eintragung im Grundbuch ergibt. Bei Grundstücken, die nur teilweise im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes (§ 30 BauGB) liegen und im Übrigen im Außenbereich (§ 35 BauGB), die Grundstücksfläche, die sich innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes befindet.
2. bei Grundstücken im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB), die in den Außenbereich (§ 35 BauGB) übergehen und bei denen sich die Grenze zwischen Innen- und Außenbereich nicht aus einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB ergibt, die tatsächliche Grundstücksfläche bis zu einer Tiefe von 50 m, gemessen von der der Erschließungsanlage zugewandten Grenze des beitragspflichtigen Grundstücks. Reicht die bauliche oder gewerbliche Nutzung über diese Begrenzung hinaus, so ist die Grundstückstiefe maßgebend, die durch die hintere Grenze der Nutzung bestimmt wird.

(4) Beitragspflichtige Grundstücke, die ohne bauliche Nutzungsmöglichkeit oder die mit einer untergeordneten baulichen Nutzungsmöglichkeit gewerblich oder in sonstiger Weise vergleichbar genutzt werden oder genutzt werden dürfen, z. B. Friedhöfe, Sportanlagen, Freibäder, Campingplätze, Dauerkleingärten, werden mit 0,5 der Grundstücksfläche in die Verteilung einbezogen.

(5) Als zulässige Zahl der Vollgeschosse gilt die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse. Weist der Bebauungsplan nur eine Baumassenzahl aus, so gilt als Zahl der Vollgeschosse die Baumassenzahl geteilt durch 3,5. Weist der Bebauungsplan lediglich eine höchstzulässige Gebäudehöhe in Form der Wand- oder Firsthöhe aus, so gilt diese geteilt durch 2,6 m in Wohn- und Mischgebieten, geteilt durch 3,5 m in Gewerbe- und Industriegebieten. Sind beide Höhen festgesetzt, so ist die höchstzulässige Wandhöhe maßgebend. Bruchzahlen werden auf volle Zahlen auf- oder abgerundet. Setzt der Bebauungsplan weder die Zahl der Vollgeschosse noch eine Baumassenzahl noch die höchstzulässige Gebäudehöhe in Form der Wand- oder Firsthöhe fest, so findet Abs. 8 Anwendung.

(6) Ist im Einzelfall eine größere Zahl der Vollgeschosse zugelassen oder vorhanden, so ist diese zugrunde zu legen.

(7) Grundstücke, auf denen nur Garagen oder Stellplätze zulässig sind, gelten als eingeschossig bebaubare Grundstücke. Bei mehrgeschossigen Parkbauten bestimmt sich der Nutzungsfaktor nach der Zahl ihrer Geschosse.

(8) In unbeplanten Gebieten sowie im Fall des Abs. 5 Satz 6 ist maßgebend

1. bei bebauten Grundstücken die Höchstzahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse.
2. bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken die Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse.

Vollgeschosse sind Geschosse, die vollständig über der natürlichen oder festgelegten Geländeoberfläche liegen und über mindestens zwei Drittel ihrer Grundfläche eine Höhe von mindestens 2,30 m haben. Als Vollgeschosse gelten auch Kellergeschosse, deren Deckenunterkante im Mittel mindestens 1,20 m höher liegt als die natürliche oder festgelegte Geländeoberfläche.

(9) Ist die Zahl der Vollgeschosse wegen der Besonderheiten des Bauwerks nicht feststellbar, werden je angefangene 3,5 m Höhe des Bauwerks als ein Vollgeschoss gerechnet. Ist ein Grundstück mit einer Kirche bebaut, so sind zwei Vollgeschosse anzusetzen. Dies gilt für Türme, die nicht Wohnzwecken, gewerblichen oder industriellen Zwecken oder einer freiberuflichen Nutzung dienen, entsprechend.

(10) Werden in einem Abrechnungsgebiet (§ 4) außer zu mehr als einem Drittel gewerblich genutzten Grundstücken oder Grundstücken, die nach den Festsetzungen eines Bebauungsplans in einem Kern-, Gewerbe- oder Industriegebiet liegen, auch andere Grundstücke erschlossen, so sind für die Grundstücke in Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten sowie für die Grundstücke, die zu mehr als einem Drittel gewerblich genutzt werden, die in Abs. 2 genannten Nutzungsfaktoren um je 30 v.H. zu erhöhen. Als gewerblich genutzt oder nutzbar gelten auch Grundstücke, wenn sie zu mehr als einem Drittel Geschäfts-, Büro-, Praxis-, Unterrichts-, Heilbehandlungs- oder ähnlich genutzte Räume beherbergen oder in zulässiger Weise beherbergen dürfen.

§ 7

Eckgrundstücke und durchlaufende Grundstücke

Für Grundstücke, die von mehr als einer Erschließungsanlage im Sinne des Art. 5a Abs. 2 Nr. 1 KAG erschlossen werden, ist die Grundstücksfläche bei Abrechnung jeder Erschließungsanlage nur mit zwei Dritteln anzusetzen. Dies gilt nicht,

1. wenn ein Erschließungsbeitrag nur für eine Erschließungsanlage erhoben wird und Beiträge für weitere Anlagen zu deren erstmaliger Herstellung weder nach dem geltenden Recht noch nach vergleichbaren früheren Rechtsvorschriften erhoben worden sind oder erhoben werden,
2. für Grundstücke in Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten sowie für Grundstücke, die gem. § 6 Abs. 10 als gewerblich genutzt gelten.

§ 8

Kostenspaltung

Der Erschließungsbeitrag kann für

1. den Grunderwerb,
2. die Freilegung der Grundflächen,
3. die Fahrbahn, auch Richtungsfahrbahnen,

4. die Radwege,
5. die Gehwege zusammen oder einzeln,
6. die gemeinsamen Geh- und Radwege,
7. die unselbstständigen Parkplätze,
8. die Mehrzweckstreifen,
9. die Mischflächen,
10. die Sammelstraßen,
11. die Parkflächen,
12. die Grünanlagen,
13. die Beleuchtungseinrichtungen und
14. die Entwässerungseinrichtungen

gesondert erhoben und in beliebiger Reihenfolge umgelegt werden, sobald die Maßnahme, deren Aufwand durch Teilbeträge gedeckt werden soll, abgeschlossen worden ist. Diesen Zeitpunkt stellt die Gemeinde fest.

§ 9

Merkmale der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlagen

(1) Die zum Anbau bestimmten Straßen, Wege und Plätze sowie Sammelstraßen und Parkflächen sind endgültig hergestellt, wenn sie die nachstehenden Merkmale aufweisen:

1. eine Pflasterung, eine Asphalt-, Beton- oder ähnliche Decke neuzeitlicher Bauweise mit dem technisch notwendigen Unterbau,
2. Straßenentwässerung und Beleuchtung,
3. Anschluss an eine dem öffentlichen Verkehr gewidmete Straße.

(2) Geh- und Radwege sind endgültig hergestellt, wenn sie eine Abgrenzung gegen die Fahrbahn und gegeneinander (außer bei Mischflächen) sowie eine Befestigung mit Platten, Pflaster, Asphaltbelag oder eine ähnliche Decke in neuzeitlicher Bauweise mit dem technisch notwendigen Unterbau aufweisen.

(3) Grünanlagen sind endgültig hergestellt, wenn ihre Flächen gärtnerisch gestaltet sind.

(4) Zu den Merkmalen der endgültigen Herstellung der in den Abs. 1 bis 3 genannten Erschließungsanlagen gehören alle Maßnahmen, die durchgeführt werden müssen, damit die Gemeinde das Eigentum oder eine Dienstbarkeit an den für die Erschließungsanlage erforderlichen Grundstücken erlangt.

§ 10

Immissionsschutzanlagen

Art, Umfang, Verteilungsmaßstab und Herstellungsmerkmale von Anlagen zum Schutz von Baugebieten gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes werden durch ergänzende Satzung im Einzelfall geregelt.

§ 11

Entstehen der Beitragspflicht

Die Beitragspflicht entsteht mit der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlagen, für Teilbeträge, sobald die Maßnahmen, deren Aufwand durch die Teilbeträge gedeckt werden soll, abgeschlossen sind. Im Falle des Art. 5a Abs. 9 KAG i.V.m. § 128 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BauGB entsteht die Beitragspflicht mit der Übernahme durch die Gemeinde.

§ 12

Vorausleistungen

Im Fall des Art. 5a Abs. 9 KAG i.V.m. § 133 Abs. 3 BauGB können Vorausleistungen bis zur Höhe des voraussichtlichen Erschließungsbeitrages erhoben werden.

§ 13 **Beitragspflichtiger**

Beitragspflichtig ist derjenige, der im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheids Eigentümer des Grundstücks ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist der Erbbauberechtigte anstelle des Eigentümers beitragspflichtig. Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner; bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.

§ 14 **Fälligkeit**

Der Beitrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheids, die Vorausleistung einen Monat nach Bekanntgabe des Vorausleistungsbescheids fällig.

§ 15 **Ablösung des Erschließungsbeitrages**

(1) Der Erschließungsbeitrag kann im Ganzen vor Entstehung der Beitragspflicht abgelöst werden (Art. 5 a Abs. 9 KAG i. V. m. § 133 Abs. 3 Satz 5 BauGB). Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht. Die Höhe des Ablösungsbetrages richtet sich nach der Höhe des voraussichtlich entstehenden Erschließungsbeitrages.

(2) Ein Ablösungsvertrag wird unwirksam, wenn sich zum Zeitpunkt der Entstehung der sachlichen Beitragspflichten ergibt, dass der auf das betreffende Grundstück entfallende Erschließungsbeitrag das Doppelte oder mehr als Doppelte bzw. die Hälfte oder weniger als die Hälfte des Ablösungsbetrages ausmacht. In einem solchen Fall ist der Erschließungsbeitrag durch Bescheid festzusetzen und unter Anrechnung des gezahlten Ablösungsbetrages anzufordern oder die Differenz zwischen gezahltem Ablösungsbetrag und Erschließungsbeitrag zu erstatten.

§ 16 **Inkrafttreten**

(1) Diese Satzung tritt am 01.07.2019 in Kraft.

(2) Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Erschließungsbeitragssatzung vom 03.05.1979 außer Kraft.

BESCHLUSS:

Die Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung – EBS) soll, wie oben vorgeschlagen, neu gefasst werden.

Abstimmungsergebnis: Ja 10 Nein 0

TOP 6 Sonstige aktuelle Informationen der Bürgermeisterin
--

TOP 6.1 Erdurnengräber

Derzeit werden die Leistungen für die Errichtung von Erdurnengräber im Friedhof Bischbrunn vom Planungsbüro Leimeister aus Marktheidenfeld ausgeschrieben.

Der Auftrag für die Ausführung könnte in der nächsten Sitzung bereits vergeben werden.

TOP 6.2 Spielplatz und Gehweg an der Kirchstraße sind fertiggestellt

Die Bürgermeisterin berichtet, dass der Spielplatz in Oberndorf, der vom Verein „Hinsehen und Helfen“ in Kooperation mit der Feuerwehr Oberndorf errichtet wurde, in der letzten Woche fertiggestellt wurde.

Durch den Sicherheitsingenieur Bernd Scharf wurde er ohne Mängel abgenommen. Jetzt kann der Betrieb aufgenommen werden.

Ihren herzlichen Dank richtet die Bürgermeisterin nochmals an die ortsansässigen Firmen Spessart-Gärten, Oberndorf und MSW Montage, Bischbrunn. Beide Firmen haben kostenlos die Maßnahme unterstützt. Durch die Fa. Spessart-Gärten wurde die Bepflanzung übernommen und von der Fa. MSW der Maschendrahtzaun ergänzt.

Der Verein „Hinsehen und Helfen“ verzichtet auf eine pressewirksame Übergabe. Das Grundstück befindet sich im Besitz der Kirchenverwaltung und wird durch die Gemeinde betreut.

Der Gehsteig entlang der Kirchstraße wurde mittlerweile durch die Bauhofmitarbeiter gepflastert. Somit ist die in der Bürgerversammlung angesprochene Lücke nun auch geschlossen.

TOP 6.3 Gewerbegebiet "Kirchstraße"

Das in Auftrag gegebene Lärmschutzgutachten soll in dieser Woche noch fertiggestellt werden.

Die Bürgermeisterin möchte in der nächsten Gemeinderatssitzung die Abwägungsbeschlüsse fassen.

TOP 6.4 Baugebiet "Rosenberg III"

Bei den derzeit ausgeführten Kanalbauarbeiten stieß die Baufirma auf einen alten, locker verfüllten Steinbruch. Ein an die Baustelle gerufener Geologe erstellt nun ein Gutachten über die Beschaffenheit.

Das vorgefundene Material muss für die Standfestigkeit im Bereich des Straßenverlaufs entnommen, aufbereitet und durch lagenmäßiges Verdichten wieder verfüllt werden. Die betroffenen Eigentümer werden darüber informiert. Ihnen wird auch empfohlen, vor einer geplanten Bebauung des Grundstückes, ein Bodengutachten zu erstellen.

Sobald weitere Infos bekannt sind, wird die Bürgermeisterin darüber berichten..

TOP 7 Verschiedenes, Wünsche und Anträge

Fehlanzeige!

Mit Dank für die rege Mitarbeit schließt Erste Bürgermeisterin Agnes Engelhardt um 20:25 Uhr die öffentliche Sitzung des Gemeinderates Bischbrunn.

Agnes Engelhardt
Erste Bürgermeisterin

Tanja Väth
Schriftführer/in